



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die Durchsetzungskraft der EU muss größer werden – und die Stimme Europas in der Welt klarer und deutlicher vernehmbar sein. Zum Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai 2021 wollen wir unsere nationale und unsere europäische Souveränität im Zusammenhang denken. Die großen Herausforderungen der Gegenwart wie der Klimawandel, die Sicherung der Welternährung, die Migration oder die Digitalisierung lassen sich nur mit mehr internationaler Zusammenarbeit und demokratischer Legitimation lösen. Dafür brauchen wir einen frischen Blick für das Wesentliche – für einen echten europäischen Mehrwert.

Deutschland kann und will seinen Beitrag leisten. Als Gesellschaft und als Wirtschaftsstandort können wir gestärkt in eine klimaneutrale Zukunft gehen: Die Bundesregierung hat sich geeinigt, das deutsche Klimaziel 2030 auf minus 65 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu erhöhen und Klimaneutralität bereits im Jahr 2045 zu erreichen. Wir als Union sehen Nachhaltigkeit dabei immer in ihrer ganzen thematischen Breite und technologischen Vielfalt. Konsequenter Klimaschutz muss von Anfang an mit wirtschaftlicher Stärke und sozialem Ausgleich in Einklang gebracht werden und die Menschen müssen mitgenommen werden. Dafür stehen wir als Volksparteien CDU und CSU. Aus der Erhöhung des EU-Klimaziels für 2030 ergibt sich als Konsequenz auch eine Anhebung der deutschen Ziele. Dabei setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen, erneuerbare Energien und steigende private Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz.

Im Plenum des Deutschen Bundestages verabschiedeten wir in dieser Woche ein ausgesprochen wichtiges Gesetz für unsere heimische Landwirtschaft: Mit dem Agrarstrukturgesetz stärken wir ihre Position gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel. Mehr dazu lesen Sie auf S. 3 dieser Ausgabe.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Mehr Freiheitsrechte für Geimpfte

Mit einer entsprechenden Rechtsverordnung, der wir in dieser Woche im Bundestag zustimmten, regeln wir Ausnahmen für Geimpfte und Genesene von zum Schutz vor COVID-19 erlassenen Geboten und Verboten. Dazu werden die für negativ-getestete Personen geltenden Regeln auf geimpfte und genesene Personen erstreckt, sodass für sie etwa ein negatives Testergebnis als Zugangsvoraussetzung zu Geschäften entfällt. Für diesen Personenkreis sind außerdem Erleichterungen und Ausnahmen bei der Beschränkung von Zusammenkünften, des Aufenthalts außerhalb einer Wohnung oder von Quarantänepflichten vorgesehen. Diese Ausnahmen sind ganz wichtig, denn Grundrechtseinschränkungen sollen nur dort greifen, wo es zum Schutz der Bevölkerung zwingend notwendig ist.

Damit Kinder und Jugendliche nach Corona aufholen

Damit junge Menschen ihre Ziele trotz aller pandemiebedingten Belastungen erreichen und nicht aus der Bahn geworfen werden, startet der Bund das ‚Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche‘ mit einer Fördersumme von insgesamt zwei Milliarden Euro für dieses und das kommende Jahr. Das Ziel des Aktionsprogramms lautet: Kinder und ihre Familien müssen nach der Pandemie wieder auf die Beine kommen. Die Corona-Krise darf für sie nicht zu einer dauerhaften Krise werden. Lernrückstände müssen aufgeholt, frühkindliche Bildung intensiver gefördert, Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote ausgebaut und die junge Generation in Alltag und Schule unterstützt werden.

Der Bund gibt eine Milliarde Euro für zusätzliche Förderangebote, mit denen verpasster Schulstoff aufgeholt werden kann. Weitere 150 Mio. Euro fließen in die wichtige frühkindliche Bildung: Bundesweit werden davon u. a. 1.000 zusätzliche Sprach-Kitas profitieren. 530 Mio. Euro gibt es bspw. für die Jugendarbeit im Sport, Ausflüge, Ferienfreizeiten, außerschulische Angebote und Mehrgenerationenhäuser. Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt erhält eine zusätzliche Förderung. Denn das freiwillige Engagement für Kinder und Jugendliche in Vereinen, Initiativen und anderen ehrenamtlichen Strukturen ist jetzt besonders wichtig. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir uns in den Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Vereine vor Ort mehr Geld bekommen. Kindern aus bedürftigen Familien greifen wir gezielt mit einem Kinderfreizeitbonus von je 100 Euro für Freizeitangebote unter die Arme. Der Bund macht außerdem mit 330 Mio. Euro den Weg frei für mehr Mentoren bei der Lernförderung, zusätzliche Sozialarbeit und Freiwilligendienstleistende in Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.



Bericht aus Berlin

Landwirte in der Kette stärken

Mit dem in zweiter und dritter Lesung beschlossenen Agrarmarktstrukturgesetz werden europäische Vorschriften für den Agrarmarkt umgesetzt und die Landwirte als Marktteilnehmer gestärkt. Der Gesetzentwurf ist ein wichtiger Beitrag, um die Verhandlungsposition der Landwirte und Verarbeiter von Lebensmitteln gegenüber der Marktmacht der vier großen Handelsketten zu verbessern. Die Dringlichkeit der Umsetzung ergibt sich nicht zuletzt aus den jüngsten Protesten von Landwirten vor den Zentrallagern der großen Handelsketten, womit auf die sehr angespannte Preissituation, insbesondere bei Milch- und Fleisch-erzeugern, aufmerksam gemacht werden sollte. Es wird ein Verbot der schädlichsten unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette festgelegt, damit Landwirte in Geschäftsbeziehungen gerechter behandelt werden. Über die EU-Maßnahmen hinaus wird zukünftig verboten, nicht verkaufte Erzeugnisse zurückzuschicken, ohne die Kosten der Ware oder der Beseitigung zu zahlen. Zudem wird untersagt, die Lagerkosten des Käufers auf den Lieferanten abzuwälzen. Ein wichtiger Fortschritt im parlamentarischen Verfahren auf Betreiben der Union ist insbesondere die Verständigung darauf, den Anwendungsbereich der Schutzvorschriften sektorspezifisch und befristet zu erweitern. So können auch Lieferanten aus den Sektoren Milch, Fleisch, Obst und Gemüse geschützt werden, deren Jahresumsatz nicht mehr als vier Milliarden Euro beträgt und 20 Prozent des Jahresumsatzes des Käufers nicht übersteigt.



Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung wird eingerichtet

Dr. Helmut Kohl, „Kanzler der Einheit“, war der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Als einer der bedeutendsten Politiker des 20. Jahrhunderts gestaltete er maßgeblich den Prozess der Wiedervereinigung. Er ergriff die Chance, welche die Deutschen in der DDR durch ihre Revolution, durch ihren Mut 1989 geschaffen hatten. Die europäische Integration setzte er entschieden und zum Wohle Europas und des Friedens in der Welt fort. In Anbetracht dieser herausragenden Lebensleistung verabschiedeten wir ein Gesetz, um die Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung als Bundestiftung öffentlichen Rechts zu schaffen. Die Stiftung wird das politische Erbe bewahren, an das Wirken und die wichtigsten Erfolge Helmut Kohls erinnern und zur Auseinandersetzung mit ihrer historischen Bedeutung anregen. Stiftungssitz soll Berlin sein.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege. Mit dem Gesetz schöpfen wir das große Potential der Digitalisierung im Gesundheitsbereich weiter aus. Das Gesetz schafft Anreize, die Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen auszubauen und auf den Pflegebereich zu erweitern. Die Vorteile der elektronischen Patientenakte werden künftig stärker genutzt. Eine weitere Maßnahme ist das Ausweiten der digitalen Kommunikation im Gesundheitsbereich durch Schaffung eines Videokommunikations- und Messagingdienstes. Videosprechstunden werden auch für Heilmittelerbringer und Hebammen möglich und weitere Leistungserbringer werden an die Telematikinfrastuktur angeschlossen.

Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät. Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende des Jahres 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Die Identifizierung von antragstellenden Personen ist dabei ein wichtiges Element. Der elektronische Identitätsnachweis, der derzeit unter Verwendung des Personalausweises, der eID-Karte oder des elektronischen Aufenthaltstitels durchgeführt werden kann, ist in seiner gegenwärtigen Form allgemein als sehr sicheres Identifizierungsmittel anerkannt. Mit diesem in zweiter und dritter Lesung beschlossenen Gesetz erreichen wir eine nutzerfreundliche Weiterentwicklung: Wir ermöglichen die Durchführung des elektronischen Identitätsnachweises allein mit einem mobilen Endgerät.

Antrag: „Vision Zero“ als Leitbild der Mobilitätswende. „Vision Zero“ bedeutet: Unser langfristiges Ziel sind null Verkehrstote. Mit dem Antrag werden der Entwurf des Verkehrssicherheitsprogramms der Bundesregierung, die Novellierung der Straßenverkehrsordnung vom 28. April 2020 und die damit verbundenen Verbesserungen für die Verkehrssicherheit begrüßt. Ebenso wird der Einsatz der Bundesregierung auf europäischer Ebene für den verpflichtenden Einbau von Abbiege- und Notbremsassistenten begrüßt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, die „Vision Zero“ explizit als Ziel in der Straßenverkehrsordnung zu verankern und Maßnahmen zu treffen, um den Straßenverkehr sicherer zu gestalten. Der Umgang mit sicherheitsrelevanten Fahrerassistenzsystemen und automatisierten Fahrfunktionen soll in der Fahrausbildung ausdrücklich gelernt werden. Straßenverkehrsbehörden erhalten zusätzliche Möglichkeiten, bauliche und regulierende Maßnahmen an unfallreichen Straßen zu unternehmen.

Einen Überblick über die rund 31 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus Berlin

Impressionen aus Berlin und Wahlkreis



Mit der Aktion „Leere Töpfe“ machte der DEHOGA in Gifhorn und Peine auf die Nöte der Gastronomie aufmerksam. Vollstes Verständnis!



Beim „Gesprächskreis Landwirtschaft“ treffen wir uns in regelmäßigen Abständen mit externen Experten. Diesmal ging es digital um das Thema Agri-Photovoltaik.



Bericht aus dem Wahlkreis

Bund fördert das Hallenbad Mehrum mit 900.000 Euro

Der Bund fördert die Sanierung des Hallenbades in Mehrum mit 900.000 Euro. Das hat nun der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages entschieden. Ich freue mich sehr, dass ich mich erfolgreich für das Projekt in Berlin einsetzen konnte. Es ist sehr wichtig, dass wir auch jetzt in der Krise in die Zukunft unserer Heimat investieren. Ich sehe die nun anstehende Sanierung auch als Chance, das Schwimmbad zukunftsfähig mit angepasstem Konzept aufzustellen. Das Hallenbad ist ein echtes Highlight für die Gemeinde und ein Ort für alle Altersgruppen. Für mich ist es wichtig, dass auch die Ortschaften abseits der Städte für alle attraktiv bleiben und der Schwimmunterricht gesichert ist.

Wasserstoff-Beauftragter besucht Mehrum digital

Der Wasserstoff-Beauftragte der Bundesregierung, Dr. Stefan Kaufmann MdB, beteiligte sich auf meine Anregung hin an einem digitalen Gespräch zur Zukunft des Kohlekraftwerks Mehrum, an dem neben CDU-Politikern u. a. der Geschäftsführer des Kraftwerks, Armin Fieber, teilnahm.

Es ging um die Möglichkeiten, die sich in unserer Region im Bereich Wasserstoff bieten. Um diese Technologie kräftig zu fördern, beschloss die Bundesregierung im vergangenen Jahr, sieben Milliarden Euro zu investieren. Der Wasserstoff-Beauftragte war sich sicher, dass weitere Finanzmittel fließen werden. Das wäre eine erneute Chance für Mehrum, von einer Bundesförderung zu profitieren. Der ursprünglich als persönlicher Besuch im Landkreis Peine angedachte Termin wird nach Möglichkeit durch Hr. Dr. Kaufmann im Sommer nachgeholt, damit er sich auch vor Ort ein Bild von der gesamten Anlage machen kann.

Einladung zu „Pahlmann trifft...“ digital

Benachteiligt das Steuerrecht systematisch Frauen? Dieser Frage widmen wir uns im Rahmen von „Pahlmann trifft...“ — diesmal treffe ich am Donnerstag, dem **27. Mai 2021 um 18 Uhr**, meine Bundestagskollegin und Steuerfachfrau **Antje Tillmann MdB** (auf dem Bild). Sie ist seit dem Jahr 2014 finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Veranstaltung wird als Videokonferenz durchgeführt. Anmeldungen richten Sie bitte bis zum 25. Mai 2021 an mein Wahlkreisbüro Peine (Kontaktdaten s. nächste Seite). Den Teilnahmelink erhalten Sie dann rechtzeitig per E-Mail. [Weitere Infos finden Sie auf meiner Homepage.](#)





**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-5: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 6: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de

Kopfzeile S. 7: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

S. 7: Antje Tillmann MdB

Alle weiteren Bilder privat.